

Sie sind nicht nur Opfer: Was die COVID-19-Pandemie über migrantische Hausarbeiterinnen verrät

Myrian Carbajal, Emma Gauttier, Christina Mittmasser, Milena Chimienti
16th June 2026



Die COVID-19-Pandemie hat die extreme Prekarität migrantischer Hausarbeiterinnen in der Schweiz schlagartig sichtbar gemacht. Doch hinter den medialen Erzählungen von Not und Hilflosigkeit verbirgt sich eine komplexere Realität: Diese Frauen sind nicht nur verletzlich, sondern entwickeln auch Strategien des Handelns und des Widerstands. Eine Analyse ihrer Erfahrungen zeigt eine grundlegende Spannung zwischen strukturellen Ungleichheiten und der Fähigkeit, darauf zu reagieren.

Wenn eine Krise Stereotype verfestigt

Während der Pandemie nahmen migrantische Hausarbeiterinnen eine paradoxe Stellung ein. Sie waren unverzichtbar für das Funktionieren der Gesellschaft durch Kinderbetreuung, Pflege älterer Menschen und Reinigung, blieben aber dennoch weitgehend unsichtbar.

Die Schweizer Medienberichterstattung konzentrierte sich vorwiegend auf ihre Verletzlichkeit: Jobverluste, fehlende Rechte, Abhängigkeit von

Lebensmittelhilfe. Diese Realitäten sind unbestreitbar, doch diese undifferenzierte Darstellung ist dennoch problematisch. Sie reduziert diese Frauen auf passive Opfer und blendet sowohl die Vielfalt von Erfahrungen als auch ihre Handlungsfähigkeit aus.

Hinter der Einheitlichkeit: Unterschiedliche Lebensrealitäten

Die Analyse von mehr als 90 Interviews mit Hausarbeiterinnen zeigt stark heterogene Situationen. Drei Profile lassen sich unterscheiden.

Frauen in **extremer Verletzlichkeit** leben ohne Aufenthaltsstatus und sind informell beschäftigt. Während der Pandemie verloren viele ihr Einkommen, ohne Zugang zu staatlicher Unterstützung. Als Reaktion mobilisierten sie informelle Netzwerke, wie Familie, Freundinnen und Freunde, und Hilfsorganisationen, und verhielten sich gegenüber ihren Arbeitgebenden pragmatisch, etwa indem sie Beschwerden vermieden, um ihre Stelle zu behalten.

Jene **an der Kippe** verfügen über einen prekären Aufenthaltstitel und sind sowohl formal als auch informal beschäftigt. Aus Angst vor Konsequenzen für ihren Aufenthaltsstatus zögerten sie, Sozialhilfe in Anspruch zu nehmen, und waren auf das Wohlwollen ihrer Arbeitgebenden angewiesen, um ihre Anstellung zu erhalten. Dennoch entwickelten sie ein gutes Systemverständnis und nutzten bestehende Unterstützungsnetzwerke.

Schliesslich profitierten Arbeiterinnen in **stabileren Verhältnissen**, mit gesichertem Aufenthaltstitel, Einbürgerung oder Festanstellung, von formalem Schutz und konnten ihr Einkommen während der Pandemie aufrechterhalten. Dennoch bleibt Hausarbeit, die direkt in Privathaushalten geleistet wird, arbeitsrechtlich schlechter abgesichert als Stellen, die über Agenturen vermittelt werden. Ihr Handlungsspielraum bestand darin, «gute» Arbeitgebende zu wählen und ihre Tätigkeiten zu diversifizieren, etwa durch Reinigungsarbeiten in Hotels oder Büros über Agenturen.

Handlungsfähigkeit: Agieren trotz Einschränkungen

Diese Verläufe zeigen: Verletzlichkeit und Handlungsfähigkeit schliessen sich nicht aus, sie bestehen nebeneinander.

Die Strategien dieser Frauen sind weit mehr als blosser Reaktionen auf Ungleichheiten. Sie spiegeln eine echte Fähigkeit wider, die eigene Situation zu deuten und Entscheidungen zu treffen. Ob beim Verhandeln mit Arbeitgebenden, beim Aktivieren von Netzwerken oder beim Verzicht auf bestimmte Hilfsangebote zum Schutz des Aufenthaltsstatus: Diese Entscheidungen zeigen, wie die Frauen mit komplexen Machtverhältnissen umgehen, die durch Gender, Klasse und Migrationsregime geprägt sind.

Die Frauen betonen dabei auch ihr Verantwortungsbewusstsein, ihre Arbeitsethik und ihre finanzielle Unabhängigkeit. Eine von ihnen bringt es so auf den Punkt: «Glaub mir, ich habe gelernt zu lachen, weil ich es satt habe zu weinen. Aber es gab immer wieder sehr, sehr schwierige Momente. [...] Wir (Sans Papiers) bemitleiden uns nicht selbst, denn es geht nicht darum, uns als Opfer darzustellen.»

Den Blick verändern, um Wandel zu ermöglichen

Die Vielfalt der Erfahrungen anzuerkennen ist nicht nur eine analytische Frage, sondern eine Voraussetzung für eine bessere Sozialpolitik.

Die Pandemie hat eine zentrale Ambivalenz in der Migrationspolitik offengelegt: Der Staat erscheint gleichzeitig als Garant grundlegender Rechte und als Instanz der Ausgrenzung. Einerseits unterstützt, reguliert und schützt er. Andererseits produziert er durch migrationspolitische Entscheidungen Formen der Marginalisierung, die einen Teil der Hausarbeiterinnen in rechtlicher Unsichtbarkeit und Unsicherheit belassen.

Hausarbeit ist zudem nach wie vor schlechter geschützt als andere Sektoren: niedrige Löhne, begrenzte Sozialversicherung, fragmentierte Rechte. Eine Angleichung an die Standards des Arbeits- und Sozialrechts wäre ein zentraler Hebel, um die durch die Krise sichtbar gewordenen strukturellen Ungleichheiten zu reduzieren.

Schliesslich ist es unerlässlich, über reines Mitgefühl hinauszugehen. Diese Frauen als vollwertige gesellschaftliche Akteurinnen anzuerkennen, ermöglicht ein besseres Verständnis ihres sozialen Beitrags und ebnet den Weg für eine wahre Anerkennung ihrer Arbeit.

Referenzen:

- Carbajal, Myrian, Emma Gauttier, Christina Mittmasser, & Milena Chimienti. 2026. [Beyond victimhood: The agency of migrant domestic workers during the COVID-19 pandemic](#). *Work Organisation, Labour & Globalisation* 20(1): 39–58.

Diese Arbeit wurde vom Schweizerischen Nationalfonds im Rahmen des Nationalen Forschungsprogramms «COVID-19 in der Gesellschaft» unterstützt. Siehe: <https://www.nfp80.ch/en/hcexW6S00yYRrfm0/project/impact-of-covid-19-on-the-agency-of-migrant-women-working-in-domestic-services>

Bild: [Unsplash](#)